

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben das INA in Lemgo, das erste Fraunhofer-Anwendungszentrum an einer Fachhochschule, das erste in ganz Deutschland! Sie aber sagen, das sei nichts. Reden Sie doch einmal mit den Leuten vor Ort. Sie können Ihnen deutlich mehr erklären und erzählen.

Die Mittel für die Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandortes Nordrhein-Westfalen steigen um 7 %. Angesichts des doppelten Abiturjahrgangs und unserer diesbezüglichen Bemühungen ist dies wiederum eine wirklich enorme Leistung.

Also: Bildung, Wissenschaft und Forschung sind die zentralen Bereiche dieser Landesregierung. Das belegt auch dieser Einzelplan wieder. Wir sind gut gerüstet für den doppelten Abiturjahrgang, und ich freue mich schon auf die viele Zeit, die wir morgen haben werden, um diese Debatte dann auch hier im Plenum noch einmal führen zu können.

Eine Frage gibt es, bei der CDU und FDP wirklich helfen könnten: Das ist der Hochschulpakt. Wir gehen davon aus, dass Nordrhein-Westfalen – genauso wie Bayern, genauso wie alle anderen Bundesländer – den Aufwuchs, den wir durch den doppelten Abiturjahrgang haben, gemeinsam mit dem Bund finanziert. Wir trauen dem Bund in diesem Punkt, Sie aber offensichtlich nicht. Deswegen wäre es doch hilfreich, wenn Sie einmal mit Ihren Leuten in der Bundesregierung redeten, damit sie vertragstreu sind und auch in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit uns den Aufwuchs des doppelten Abiturjahrgangs bezahlen, statt vertragsbrüchig zu werden. Ich setze darauf; ich hoffe, dass wir zumindest an diesem Punkt Ihre Unterstützung haben. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu dieser Einzelplanberatung mehr vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 06. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt hierzu in seiner Beschlussempfehlung, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Ich frage, wer dieser Empfehlung Folge leistet. – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind die Piraten, die CDU und die FDP.

(Zurufe von den PIRATEN)

Enthält sich jemand der Stimme? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2106 angenommen** und der **Einzelplan 06** in zweiter Lesung **verabschiedet**.

Wir holen dann die **Abstimmung** über den eben beratenen **Einzelplan 05** nach und stimmen in diesem Zusammenhang zuerst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2209** ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist gegen diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen Piraten, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Das ist die FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den Einzelplan 05 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung, diesen Einzelplan unverändert anzunehmen. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung Folge leisten? – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? Die Piraten, die CDU und die FDP. – Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2105 angenommen** und der **Einzelplan 05 verabschiedet**.

Wir stimmen dann über den **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/2036** ab. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur direkten Abstimmung über den Antrag der CDU. Wer stimmt diesem Antrag zu?

(Jochen Ott [SPD]: Ein Fünftel der CDU! – Unruhe)

– Mir persönlich ist es ein bisschen zu laut. Vielleicht können wir die Lautstärke herunterschrauben.

Die CDU stimmt zu. Wer stimmt gegen den Antrag? – Die Fraktionen der Piraten, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2111 hin und eröffne die Beratung für den

Teilbereich Arbeit und berufliche Weiterbildung

Für die CDU-Fraktion spricht zuerst der Kollege Kerkhoff.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen. Hier in Nordrhein-Westfalen sieht es anders aus. 3,5 Milliarden €

neue Schulden trotz höchster Steuereinnahmen machen deutlich: Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen möchte nicht sparen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Sie haben völlig unzureichende Vorschläge vorgelegt. Wir haben 84 konkrete Änderungsvorschläge zum Haushalt gemacht. Damit sind fast 1 Milliarde € struktureller Einsparung im Landeshaushalt verbunden. SPD und Grüne haben alle Vorschläge unseres Sanierungskonzeptes abgelehnt.

Für den Bereich der Arbeitsmarktpolitik will ich einige dieser Vorschläge erläutern. Wir wollen die Zuschüsse an die G.I.B. und die Technologieberatungsstelle beim DGB moderat kürzen, weil wir der Auffassung sind, dass auch hier ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden muss. Im Bereich der Gestaltung von Übergängen in der Zielgruppenpolitik, wie es haushaltstechnisch so schön heißt, erkennen wir die wichtige Arbeit der Verbände an. Wir sind aber auch der Auffassung, dass die Förderung der Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren die Finanzierung von Doppelstrukturen darstellt. Dies ist bei der Haushaltssituation des Landes nicht hinnehmbar, zumal der Bund gerade erst eine Vermittlungsoffensive in NRW gestartet hat, kräftig Personal aufgestockt hat und auch zuständig ist. 238 zusätzliche Vermittler in zunächst 13 Jobcentern stehen dafür zur Verfügung. Wir wollen diese Personengruppe, deren Schwierigkeiten wir nicht kleinreden, wieder in Arbeit bringen.

Weiterhin halten wir die Förderung der Regionalstellen „Frau und Beruf“ für rückwärtsgewandte Politik. Es ist ein positives Signal, dass Sie selbst einen Kürzungsvorschlag gemacht haben. Da die Kompetenzzentren aber kein neues Aufgabenspektrum bedienen, halten wir auch die verbleibende Förderung in Höhe von 3 Millionen € für unbegründet. Dies ist ein Zeichen für den überflüssigen Erhalt von doppelten Strukturen.

Gleiches gilt für das Thema „Arbeitsschutz“. Hier sollen die Aufgaben 2013 neu organisiert werden. Bislang sind häufig sowohl der staatliche Arbeitsschutz als auch die Berufsgenossenschaften zuständig. Hier müssen Synergien genutzt werden, die Unternehmen von überflüssiger Bürokratie entlasten können. Rechtliche und vertragliche Änderungen müssen angegangen werden. Dann lassen sich sowohl beim Landesinstitut für Arbeitsgestaltung als auch im Bereich der Bezirksregierungen Mittel in einer Größenordnung von insgesamt über 13 Millionen € einsparen.

Herr Minister, Sie betonen in Ihren Äußerungen im Plenum und im Ausschuss zu Recht immer wieder die Bedeutung der beruflichen Erstausbildung. Da sind wir ganz bei Ihnen. Aber Reden und Handeln fallen hier auseinander.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die gleiche Landesregierung streicht den Zuschuss für die Ausbildung der PTA. Sie gehören einer Landesregierung an, die es für richtig und vertretbar hält, dass der angehende Apotheker kostenfrei studieren kann und gleichzeitig in Kauf nimmt, dass die Pharmazeutisch-Technische Assistentin schon heute durchschnittlich 200 € monatlich Eigenanteil bezahlt und nach Wegfall des Landeszuschusses künftig weitere 73 € aufbringen muss.

(Beifall von der CDU)

Das passt vorne und hinten nicht zusammen. Die Betroffenen sind zu Recht empört über diese Landesregierung.

Herr Minister, wenn Sie Ihr Amt und Ihren Einsatz für Ausbildung ernst nehmen, dann müssen Sie an dieser Stelle einschreiten und Ihrer Kollegin Stefens sagen, dass Sie diesen Weg nicht mittragen können.

(Beifall von der CDU)

Aber anstatt an dieser Stelle ganz konkret aktiv zu werden, starten Sie eine Initiative zum Thema „faire Arbeit“ und zeichnen in Ihren Äußerungen dazu ein Zerrbild von der Wirklichkeit in diesem Land.

Herr Minister, diese Debatte wäre für Sie auch eine Gelegenheit, etwas zur positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in NRW in den letzten Jahren zu sagen. Es wäre eine Gelegenheit, darüber zu reden, wie viele Arbeitslose seit der letzten Krise wieder in Beschäftigung gekommen sind, dass sich die Wirtschaftsleistung in NRW verbessert hat, dass wir gute Tarifabschlüsse hatten und die Beschäftigten von dieser guten Entwicklung profitieren.

Nordrhein-Westfalen ist kein arbeitsmarktpolitisches Notstandsgebiet. Ein verantwortungsvoll handelnder Minister stellt sein Land auch nicht so dar. Während sich Unternehmen um Fachkräfte bemühen, für den Standort NRW werben und zum Teil auch Arbeitslosen aus dem europäischen Ausland Chancen geben, machen Sie dieses Land schlecht. Das ist Negative Campaigning für den Standort und geht vollkommen an der Realität vorbei.

(Beifall von der CDU)

Sie wollen in den kommenden Monaten auf Marktplätzen über diese Themen reden. Ich kann mir gut vorstellen, wie das aussieht. Während die Menschen um Sie herum Wurst, Bio-Eier, Obst und Gemüse einkaufen, stehen Sie auf der Ladefläche eines Lkw und kritisieren erregt und lauthals die Ungerechtigkeiten dieser Welt. Herr Minister, ich frage Sie: Wer bezahlt eigentlich die SPD-Wahlkampfveranstaltungen im ganzen Land?

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir lehnen den vorliegenden Einzelplan ab.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Kollege Bischoff. Er ist schon auf dem Weg zu uns.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kerkhoff, wenn ich richtig informiert bin, hat Ihr Fraktionsvorsitzender letzte Woche in der Pressekonferenz verkündet, dass Sie alle Programme des Landes um 20 % kürzen wollen. Das betrifft dann auch die arbeitsmarktpolitischen Programme des Landes, und ich frage mich, warum Sie gar nicht erwähnt haben, dass Sie für die Ärmsten der Armen ...

(Zurufe und Widerspruch von der CDU)

– Um das herauszufinden – das ist sehr kompliziert –, habe ich lange gebraucht. Das hat man mir aber so gesagt. Widersprechen Sie doch Ihrem Fraktionsvorsitzenden! Das wäre nicht schlecht.

Es hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden, hier wenigstens zu sagen und zuzugeben, Herr Kerkhoff, dass Sie die Maßnahmen des Landes für Langzeitarbeitslose um 20 % kürzen wollen. Dazu kein Ton. Stattdessen mühen Sie sich mit irgendwelchen Einzelprogrammen ab und versuchen, weder den Menschen auf der Tribüne noch der Öffentlichkeit das Wichtigste, die Kahlschlagpolitik, die Sie mit ihren Sparmaßnahmen machen wollen, mitzuteilen. Das ist schäbig, das kann ich nicht anders ausdrücken.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zum Zweiten, Herr Kerkhoff, haben Sie die Einzelmaßnahmen, die Sie angesprochen haben, häufig mündlich und schriftlich begründet, es gebe eben notwendige Konsolidierungsmaßnahmen. – Ja, klar. Aber das ist keine Begründung dafür, dass Sie ein Vorhaben kürzen wollen und ein anderes nicht. Dass Sie bei der G.I.B. mit dem Argument, irgendwo sparen zu müssen, kürzen wollen, aber beim Werkstattjahr, das all die Jahre Ihr Anliegen gewesen ist, nicht, müssen Sie wenigstens inhaltlich begründen. Sonst könnte man auch beim Werkstattjahr argumentieren: Man muss irgendwo sparen.

Also: Das ist keine Begründung, und das haben Sie teilweise vorgetragen. Das ist schlechter Stil. Der Rasenmäherstil, den Ihr Fraktionsvorsitzender vorgetragen hat, ist darüber hinaus nicht sachgerecht. Wenn ich den Rasenmäher nehme, brauche ich mich mit der Sache gar nicht mehr zu beschäftigen. Ich sage, überall wird gekürzt, ohne abzuwägen, welche Maßnahmen notwendig sind. Noch einmal: Wir reden über langzeitarbeitslose Menschen im Lande Nordrhein-Westfalen, denen Sie einfach ein Fünftel der Maßnahmen kürzen wollen.

Mit Ihrer Analyse und Ihrer Kritik am Arbeitsminister stimme ich in keinster Weise überein. Ich habe das Gefühl, Sie haben die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen des letzten Dreivierteljahres nicht zur Kenntnis genommen. Seit einem Dreivierteljahr steigen die Arbeitslosenzahlen bundesweit stetig an, auch in Nordrhein-Westfalen. Es ist deutlich, dass sich der Trend fortsetzen wird. All das nehmen Sie gar nicht zur Kenntnis. Vielmehr sagen Sie, der Arbeitsminister, der das anspricht, redet die Lage schlecht. Nein, er betrachtet sie realistisch, beobachtet die vorhandenen Entwicklungen und wie man gegen zu erwartende Entwicklungen präventiv tätig werden kann. Sie wären gut beraten, das auch zu tun.

Insgesamt ist der Arbeitsmarktanteil des Haushalts aus Sicht der SPD gegenüber dem Haushalt des Vorjahres von hoher Kontinuität geprägt. Das macht deutlich, dass wir offensichtlich die Instrumentarien, den Instrumentenkasten richtig einsetzen. Ich habe schon darauf hingewiesen, die Herausforderungen werden steigen. Die Arbeitslosigkeit wird eher noch ein größeres Problem werden als in den letzten ein bis zwei Jahren.

Zu drei Themen will ich noch Bemerkungen machen:

Erstens. Im Bereich des Arbeitsschutzes haben Sie uns verbrannte Erde hinterlassen. Das ist Ihre Hinterlassenschaft, die in der Verantwortung des Fraktionsvorsitzenden, des damaligen Arbeitsministers Laumann, liegt. Hier sind massiv Stellen abgebaut worden. Es findet kein vorbeugender Arbeitsschutz im Lande mehr statt. Das haben Sie in Ihrer Regierungsverantwortung bewirkt. Über den Einzelplan 03 haben wir jetzt 50 zusätzliche Stellen für den Arbeitsschutz. Wir sind stolz darauf, damit den Trend wieder in die richtige Richtung zu leiten.

Zweitens. Wir haben eine schwierige Situation im Bereich ESF-Mittel. Ab 2014 ist überhaupt nicht absehbar, in welcher Höhe sie kommen werden. Wir ahnen nur, es wird weniger sein.

(Werner Jostmeier [CDU]: Das stimmt doch nicht!)

Das ist das Ergebnis der Verhandlungen Ihrer Bundeskanzlerin gemeinsam mit Herrn Cameron in Brüssel. Wenn man weniger einzahlen will, kriegt man weniger raus. Wir wissen die genaue Summe noch nicht – das ist richtig –, ahnen aber, dass es weniger sein wird.

Das macht zum einen die Planung in 2013 für die Träger sowie für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schwieriger. Aber auch politisch ist Kontinuität im Bereich der Arbeitsmarktpolitik wichtig. Welche Bereiche kann man machen? Wo kann man qualifizieren? Wo kann man Defizite ausgleichen? Es wäre gut, wenn man wüsste, wo der Weg 2014 hingeht, um 2013 keine Weichenstellung vorzunehmen, ohne sie 2014 fortführen zu können. Das ist eine besonders schwierige Situation.

Dritter und letzter Punkt: In der Phase Übergang Schule/Beruf sind wir im Bereich der Ausbildung auf einem guten Wege. Das ist eine wichtige Zukunfts-investition für die betroffenen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz und danach einen Arbeitsplatz benötigen. Das ist aber auch eine Zukunfts-investition in die Fachkräfte des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir sind dabei, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir sind befriedigend bis gut aufgestellt. Daher werden wir die Anträge der Opposition auch hier im Plenum ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Danke für die Punktlandung, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Alda.

Ulrich Alda (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie es sich für eine arbeitsmarktpolitische Rede gehört, beginne ich zunächst mit der aktuellen Lage auf dem NRW-Arbeitsmarkt. Ich habe ein paar andere Daten als Kollege Bischoff. Die Arbeitslosigkeit ist im Januar saisonbedingt gestiegen, und zwar um 46.138 Leute oder 6,4 %, und liegt jetzt bei 767.000. Das sind rund 40.000 oder 4,5 % Arbeitslose mehr als im Januar 2012.

Nach Einschätzung der NRW-Regionaldirektion fiel der Zuwachs bei der Arbeitslosigkeit schwächer aus als in den vergangenen Jahren. Allerdings fällt seit einigen Monaten die Nachfrage nach Arbeitskräften eher verhalten aus, was auf die angespannte konjunkturelle Stimmung zurückzuführen ist. Im gesamten Bundesgebiet dagegen ist die Stimmung etwas besser. Denn entgegen der Prognosen ist die Arbeitslosigkeit dort um 16.000 zurückgegangen. Es gibt also durchaus Anlass für vorsichtigen Optimismus, der hoffentlich auch auf uns übertragbar ist. Voraussetzung ist allerdings, dass die Rahmenbedingungen stimmen und die Wirtschaft nicht durch kontraproduktive Aktivitäten ausgebremst wird, bevor sie wieder wie im Bundesgebiet richtig Fahrt aufnehmen kann.

Ich meine damit auch das unsäglich ungeklärte Verhältnis zwischen den Ministern Rammel und Duin, das sogar in der ihnen zugeneigten Presse mittlerweile große Fragen aufwirft: Welcher Minister hat eigentlich das Sagen? Das ist eine Aussage des „WAZ“-Konzerns, und der ist nicht CDU/FDP- oder bürgerlich-freundlich.

(Beifall von der CDU)

Ende November 2012 haben Arbeitsminister Schneider und Wirtschaftsminister Duin ihre gemeinsame Fachkräfteinitiative ein Jahr nach dem Start als Erfolg gefeiert. Die Mittel dazu kommen

aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung – EFRE –, und sie sind im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums etatisiert.

Als FDP freuen wir uns natürlich über alle wirksamen Maßnahmen, die dazu beitragen, dass Unternehmen auch in Zukunft qualifizierte Arbeitskräfte finden und Arbeitnehmer die Arbeitsplätze erhalten, die ihren Fähigkeiten gerecht werden. Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass „Made in NRW“ weder national noch international den Vergleich mit den Wettbewerbern scheuen muss.

Obwohl es natürlich nicht nur regions-, sondern auch branchenspezifische Unterschiede gibt, so ist die Fachkräftesicherung aus diesem Grund eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre. Entsprechend können wir uns nicht erlauben, bestimmten Gruppen innerhalb der Arbeitnehmerschaft den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erschweren.

Umso bedenklicher ist es, dass NRW bei der Beschäftigung von Frauen 5 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Landesregierung bietet den Betrieben eine Arbeitszeit- und Potenzialberatung an. Das ist sicherlich ein ebenso sinnvolles Instrument wie die Teilzeitausbildung von Müttern und Vätern oder das Qualitätssiegel „Familienfreundlicher Mittelstand“ im Münsterland. Es werden jedoch weitaus größere Anstrengungen benötigt. Hier sehe ich nicht nur die Landesregierung, sondern selbstverständlich auch die Betriebe – das ist klar – in der Pflicht, sich zu engagieren. Dabei geht es nicht nur um Konzepte zur Kinderbetreuung, sondern auch – das ist nicht zu vergessen – um die Zukunft der Pflege.

Auch beim Übergang von der Schule in den Beruf sind Verbesserungen zwingend erforderlich. Die Jugendlichen müssen überprüfen können, ob sie die richtigen Fähigkeiten mitbringen. Denn nicht immer stimmen Wunsch und Wirklichkeit überein. Auch das muss man endlich einsehen. Das sorgt bei allen Beteiligten für unnötige Frustrationen.

Ich wünsche mir, dass uns Minister Schneider zeitnah schildert, welche Erfahrungen sich bei der Umsetzung des neuen Übergangssystems Schule/Beruf abzeichnen, damit man frühzeitig gegensteuern kann.

(Beifall von der FDP)

Minister Schneider spricht ausdrücklich davon, Jugendlichen eine Ausbildungsgarantie zu geben. Schon jetzt sind Betriebe immer häufiger dazu bereit und letztlich gezwungen, auch leistungsschwächeren Auszubildenden eine Chance zu geben. Und – das sage ich ganz offen im Namen der FDP – es muss nicht jeder Auszubildende Abitur haben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dahinter stehen wir; das haben wir schon immer gefordert.

Die Botschaft darf jedoch nicht lauten, dass einem der Abschluss praktisch in den Schoß fällt. Wir dürfen nicht vergessen: Auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft wird auch international, liebe Kolleginnen und Kollegen, immer mehr Qualität gefragt. Das ist die Herausforderung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Maaßen.

Martina Maaßen (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das neue Übergangsmanagement Schule/Beruf, die Fachkräfteinitiative, die aktive Arbeitsmarktpolitik, die Integration Benachteiligter auf dem Arbeitsmarkt – dies alles sind Kernbereiche der Arbeitsmarktpolitik in unserem Land. Besonders hervorheben möchte ich die Förderung der Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen sowie den sozialen Arbeitsmarkt.

Wir Grünen begrüßen es sehr, dass ein weiterer Förderzeitraum für die Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen gesichert ist. Die freien Träger und Verbände leisten hier sehr gute Arbeit.

Liebe CDU, es ist auch Lebensberatung. Hier haben Sie recht mit Ihrem Kürzungsantrag. Denn Langzeitarbeitslosigkeit hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebenssituation: Armut, Krankheit, Mut- und Hoffnungslosigkeit, kein Vorbild für seine Kinder sein zu können, am Rande zu stehen, nicht mehr gebraucht zu werden.

Nur: Unsere Konsequenz, Herr Kerkhoff, ist eine gänzlich andere. Hier ist nicht Kürzung angesagt, sondern kontinuierliche verlässliche Förderung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir Grünen stehen zu unserer landespolitischen Verantwortung für erwerbslose Menschen. Sie wollen – aus den Augen, aus dem Sinn – diese Verantwortung auf die Jobcenter abschieben, wohl wissend, dass hier nicht ausreichendes Personal vorhanden ist, zudem oft befristet und hinsichtlich Lebensberatung nicht geschult, ganz zu schweigen davon, dass wir Grüne eine unabhängige Beratung wollen.

Sie glauben doch nicht ernsthaft, Herr Kerkhoff, dass im Jobcenter Hilfe bei Widersprüchen gegen die eigene Behörde erfolgt. So kann man natürlich auch die Anzahl von Beschwerden, Widersprüchen und Gerichtsverfahren eindämmen. Wir stellen jedoch nicht nur unabhängige Beratung sicher, sondern fördern auch Arbeitsplätze.

Uns Grüne freut es sehr, dass wir weiterhin am Konzept des sozialen Arbeitsmarktes festhalten und dieses in diesem Jahr in ein reguläres Förderprogramm überführen werden. Wir treten damit der skandalösen Kürzung der Eingliederungstitel durch die Bundesregierung entgegen.

Wir in NRW setzen uns für scheinbar arbeitsmarktfremde Menschen ein. Unser NRW-Konzept ist eine Blaupause. Viele Bundesländer sind uns bereits gefolgt. Es gibt rot-grüne Gesetzesinitiativen zur öffentlichen Beschäftigung auf Bundesebene. Bei der FDP im Bund ist dies zumindest angekommen. Unverständlich, dass nicht nur die CDU, sondern auch deren Arbeitnehmerflügel CDA dazu schweigen.

Noch ein Wort zur prekären Beschäftigung. Herr Kerkhoff und Herr Alda, nicht jede Arbeit ist per se eine gute Arbeit. Befristungen, Niedriglohn, Leiharbeit, Minijobs – das sind die Zuwächse der Erwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist Prekariat, und das ist keine gute Arbeit. Denn es führt vom Arbeitsmarkt direkt hin zur Altersarmut.

(Karlheinz Busen [FDP]: Sie haben die Leiharbeit wieder eingeführt!)

– Leiharbeit eingeführt? Dass eine Regierung Leiharbeit einführen kann, kann ich nicht nachvollziehen.

Ich denke, man muss thematisieren, dass sich Erwerbstätige, die neu in den Arbeitsmarkt kommen, in erster Linie mit diesen prekären Beschäftigungen auseinandersetzen haben und dort letztendlich erst einmal anfangen. Dies muss man so lange thematisieren – es scheint schon zur Aufregung hier im Saal zu reichen –, dass es Ihnen, liebe FDP und CDU, aus den Ohren herauskommt, damit auch Sie endlich handeln und sich zum Beispiel für einen flächendeckenden Mindestlohn einsetzen, den Sie bisher verweigern. Denn damit stehen Sie bei Weitem nicht in der Mitte der Gesellschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen. – Für die Piratenfraktion spricht jetzt der Kollege Sommer.

Torsten Sommer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne und im Land! Auf den ersten Blick sieht der Einzelplan 11 des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales mit 3,2 Milliarden € recht umfangreich aus. Rechnet man allerdings die einfach nur weitergeleiteten Bundesmittel und die per Gesetz schon fest-

gelegten Ausgaben heraus, bleibt für Arbeit, Qualifizierung und Arbeitsgestaltung ein Rest von etwa 72 Millionen € über, den das Land NRW originär finanziert. Den weitaus größten Teil zur Arbeitsmarktpolitik, nämlich 160 Millionen €, stellt die EU aus Mitteln des ESF zur Verfügung.

(Beifall von Peter Preuß [CDU])

Mit anderen Worten: Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen wird zum überaus größten Teil mit EU-Mitteln finanziert. Eine Arbeitsmarktpolitik ohne EU-Förderung wäre in Nordrhein-Westfalen anscheinend gar nicht möglich. Allerdings stehen wir dank der begrüßenswerten Niederlassungsfreiheit innerhalb der EU als Land Nordrhein-Westfalen und in den nordrhein-westfälischen Kommunen vor Herausforderungen, die ein noch größeres Engagement der EU nötig machen. Hier ist in der Vergangenheit zu wenig getan worden. Wir müssen zügig nachsteuern und die EU in die Pflicht nehmen, statt eine Fremdenfeindlichkeit zu schüren, die nur den Feinden unserer Demokratie nützt.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber was können wir jetzt konkret in Nordrhein-Westfalen tun? – Der verbleibende Ansatz von rund 72 Millionen € für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ist für ein Land von der Größe und Bedeutung Nordrhein-Westfalens viel zu wenig, insbesondere wenn man das Gesamtvolumen des Haushalts von rund 60 Milliarden € gegenüberstellt.

Wie können wir unseren Arbeitsmarkt innovativ und langfristig optimieren? Wie können Lösungen für die Zukunft aussehen? – Die öffentlich geförderte Beschäftigung in Nordrhein-Westfalen ist sicherlich ein erster Ansatz. Ob dies aber einen wirklich langfristigen Lösungsansatz zur Hilfe beim Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt darstellt, darf bezweifelt werden. Warum unterstützen wir nicht vielmehr Arbeitgeber aus dem ersten Arbeitsmarkt zum Beispiel durch die proaktive Suche nach Arbeitskräften? – Wir verlassen uns hier auf lokale Lösungen, wo überregionales Denken gefordert ist. Warum investieren wir so wenig in den Bereich „Zukunftsforschung“? – Weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb können hier Zukunftskonzepte vorweisen, im Land genauso wenig wie im Bund. Unser sehr heterogener Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen könnte durch flankierende Maßnahmen wie zum Beispiel Jobtickets, Mobilitätsanreize nicht nur für Auszubildende gefördert werden. Ein fahrscheinloser ÖPNV würde hier sicherlich noch einiges an Hilfe bieten.

(Beifall von den PIRATEN)

Aber auch beispielsweise durch die Neuregelung von Leiharbeit zu einem subventionsfreien Leiharbeitsystem sowie die Beendigung der Sanktionen gegenüber den Beziehern von SGB-II-Mitteln und ähnlicher Druckmittel könnten sogar kurzfristig Mittel für echte zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik freigesetzt werden. Statt Repressionen halten wir die

Einführung von Maßnahmen, die zur Erreichung des ersten Arbeitsmarktes führen wie zum Beispiel eine massive regional übergreifende Qualifizierungsoffensive für arbeitssuchende Menschen, für wesentlich sinnvoller.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch die zunehmend weltweite Vernetzung sehen wir grundsätzlich als positive und bereichernde Entwicklung. Hier bietet zum Beispiel das neue Anerkennungsgesetz die Möglichkeit, eine echte Willkommenskultur zu schaffen. In der aktuellen Fassung kann das jedoch nur als erster Ansatz gelten. Ein Beratungsanspruch für jeden Menschen, der jetzt in NRW lebt und im Ausland Berufskennnisse erworben hat, ist gesetzlich festzuschreiben, auch für Flüchtlinge.

(Beifall von den PIRATEN)

Damit hilft man den Menschen und unserer Wirtschaft. Hier können wir den Grundstein für eine sinnvolle Einwanderungs- und Freizügigkeitspolitik legen.

Sie sehen, es gibt viel zu tun. Lassen Sie uns diese Herausforderungen gemeinsam anpacken. Daher empfehle ich meiner Fraktion in dieser Lesung die Enthaltung in diesem Teilbereich.

Als kleiner Nachtrag an Frau Maaßen: Die Förderung unabhängiger Arbeitslosen- und Sozialberatung liegt uns auch sehr am Herzen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn wir dazu gemeinsam eine sinnvolle Lösung auf die Beine stellen könnten, die über das hinausgeht, was zurzeit gefördert wird. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie alle kennen die haushaltspolitischen Herausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen. Insofern haben wir es uns wirklich nicht einfach gemacht. In jedem Einzelplan muss die notwendige Einsparung sichtbar sein. Dennoch versuchen wir, bezogen auf die Arbeitsmarktpolitik unser Profil durch entsprechende Schwerpunktsetzungen zu wahren.

Ich muss hier nicht die sehr detaillierte Diskussion im Ausschuss wiederholen. Deshalb nutze ich die Gelegenheit, um einiges zu den schon angesprochenen Einsparwünschen der Opposition zu sagen.

Die Union fordert die komplette Streichung der Förderung für die Arbeitslosenzentren und die Erwerbslosenberatungsstellen. Ich stelle fest, die Union hat

in diesem Zusammenhang nichts, aber auch gar nichts begriffen. Das ist die Realität.

(Beifall von der SPD)

Wir geben doch nicht fast 5 Millionen € aus, ohne eine Wirkung erreichen zu wollen. Es ist doch ganz einfach nicht so, dass ein Gespräch bei den Jobcentern ein Gespräch in einem unabhängigen Arbeitslosenzentrum ersetzen würde. Ich bekomme an jedem Tag viele Briefe von Menschen, die sich bei den Jobcentern nicht ordentlich behandelt fühlen. Wenn nur die Hälfte der in diesen Briefen aufgestellten Behauptungen stimmt – davon gehe ich aus; es dürfte auch noch mehr sein –, dann ist unsere Förderung der Arbeitslosenzentren vollauf gerechtfertigt.

(Beifall von Ingrid Hack [SPD])

Gerade die Langzeitarbeitslosen haben ein Anrecht darauf, in einer entsprechenden Atmosphäre ihre Sorgen und Nöte mitteilen zu können. Deshalb werden wir auch die Förderung der Arbeitslosenzentren aufrechterhalten, auch wenn dies finanzpolitisch sehr schwer fallen wird.

Meine Damen und Herren, besonders bedauerlich ist, dass die Union wiederum einen Fehler aus ihrer politischen Vergangenheit nochmals als Schritt in die Zukunft deklariert und ausgibt.

(Vorsitz: Präsidentin Carina Gödecke)

Sie wollen den Arbeitsschutz schwächen, indem Sie in diesem Bereich über 13 Millionen € einsparen, 4 Millionen in meinem Einzelplan und über 9 Millionen im Einzelplan meines Kollegen Jäger. Dies ist skandalös. Sie haben schon einmal den staatlichen Arbeitsschutz ruiniert.

(Beifall von der SPD)

Sie haben nur noch Prüfungen nach Anmeldung zulassen wollen. Das ist eine Sache für das Witzblatt, aber nicht für die Wirtschaftsseite einer seriösen Zeitung. Warum kommen Sie wieder mit diesem alten Hut? Arbeitsschutz ist staatliche Aufgabe. Dies muss sich auch in seiner Ausgestaltung widerspiegeln. Deshalb haben wir auch die entsprechenden Ansätze beim Arbeitsschutz gewählt und werden dies umsetzen.

Meine Damen und Herren, ich bin der Letzte, der sich nicht darüber freut, dass auch im letzten Jahr neue Arbeitsplätze vor allem im Industrie- und verarbeitenden Gewerbe entstanden sind. Aber – die Kollegin Maaßen hat schon darauf hingewiesen – es geht nicht um Arbeit gleich welcher Art. Es geht um gute Arbeit. Deshalb werden wir den permanenten Versuch unternehmen, Befristungen zurückzudrängen, Leiharbeit zu zivilisieren und Werkverträge human zu gestalten. All dies sind Auswüchse einer Arbeitsmarktpolitik, die letztendlich mehr oder weniger nur vom Markt gestaltet wird. Wir wollen eine aktive Gestaltung über entsprechende politische

Entscheidungen und deshalb die Aktion faire Arbeit und fairer Wettbewerb, im Übrigen nicht allein durch uns, sondern durch sozial verpflichtete Unternehmer und durch viele andere, die sich in der Gesellschaft mit diesem Thema beschäftigen. Wir wollen in NRW keine Amazon-Verhältnisse.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen faire Arbeit und deshalb diese Aktion.

Im Übrigen lade ich Sie alle ein, sich nicht mit mir auf Marktplätzen zu tummeln – das brauchen Sie gar nicht –, sondern an dieser Aktion mitzuwirken. Dann werden Sie sehen, es handelt sich um kein Wahlkampfthema. Im Übrigen ist diese Aktion schon 2010 beschlossen worden.

Ich will zur Fachkräfteinitiative gar nicht mehr viel sagen. Sie ist notwendig. Hier arbeiten wir sehr gut zusammen, der Arbeitsminister und der Wirtschaftsminister. Im Übrigen kann ich Ihnen sagen: Herr Duin kann auch den Arbeitsminister abgeben und ich bilde mir ein, auch etwas von Wirtschaft zu verstehen. Auch hier arbeiten wir gemeinsam und ziehen an einem Strang, damit wir die Beschäftigung quantitativ und qualitativ in diesem Lande weiter voranbringen.

Meine Damen und Herren, eine letzte Bemerkung: Natürlich wird Arbeitsmarktpolitik in NRW auch über europäische Fonds finanziert. Wir sollten uns darüber freuen. Warum sollten wir uns darüber ärgern? Nur wenn zum Beispiel aller Voraussicht nach die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik finanziert über den ESF im nächsten Jahr um 30 % zurückgehen werden, dann ist dies auch das Ergebnis des Versagens Ihrer Verhandlungsführer in Brüssel. Das Land Nordrhein-Westfalen wird darunter leiden. Wir alle, die Langzeitarbeitslosen vor allem, werden die Zechen zahlen. Ich bitte um Ihre Zustimmung für diesen Haushalt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Minister Schneider hat die Redezeit um knapp 2 Minuten überzogen. Wünscht jemand aus den Fraktionen das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Debatte zum Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung“ des Einzelplans 11.

Ich rufe auf:

Teilbereich Integration

Ich eröffne die Beratung hierzu und erteile für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Güler das Wort.

Serap Güler (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere allgemeine Kritik an dem Haushalt 2013 ist Ihnen bekannt. Ihnen fehlt nach wie vor jeglicher Wille zum Sparen. Das ist neben zig Weiterem ohne Wenn und Aber die größte Schwachstelle dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Aber ebenso wie beim Haushalt 2012 verschone ich Sie bzw. den Teilbereich Integration von dieser Kritik. Meine Fraktion hat das Teilhabe- und Integrationsgesetz mitgetragen, welches dem Haushaltsansatz Teilhabe und Integration Zugewanderter zugrunde liegt. Das Ziel dieses Gesetzes ist uns allen hier bekannt, ebenso auch, dass, um dieses Ziel zu erreichen, eine gewisse finanzielle Unterfütterung notwendig ist. Deshalb werde ich auch jetzt hier nicht auf diesen 27,3 Millionen €, die die Landesregierung für diesen Bereich vorgesehen hat, herumreiten.

An der Summe ist an sich auch nichts auszusetzen. Worüber man sich aber sehr wohl streiten kann und was man durchaus kritisieren kann, ist einfach die Schwerpunktsetzung Ihrer Integrationspolitik. Auf den Punkt gebracht lässt sich hier sagen: Das Gute an Ihrer Integrationspolitik ist nicht neu, nichts, was wir nicht schon angeschoben hätten, und das Neue ist einfach nicht gut.

(Beifall von der CDU)

Meine Kritik an der Umwandlung der RAAs in Kommunale Integrationszentren kennen Sie. Nach wie vor bin ich von diesen nicht überzeugt. Die Landesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob sie das Ziel, den Aufbau von 54 kommunalen Integrationszentren bis Ende 2013, umgesetzt hat. Ich bin gespannt und hoffe sehr, dass Ihnen das bei aller Kritik gelingt. Das meine ich ernst. Denn bei all der Meinungsverschiedenheit, die wir über die kommunalen Integrationszentren haben, wäre es zu schade, wenn die Sache darunter leidet. Dennoch müssen Sie sich den Schuh anziehen, dass Sie hier rund 5 Millionen € ausgeben, die sicherlich sinnvoller und effizienter hätten eingesetzt werden können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bei aller Wertschätzung und Liebe zu dem Thema: In Anbetracht unserer Haushaltslage kann auch dieser Bereich nicht gänzlich von Sparmaßnahmen ausgeschlossen werden. Bis Ende 2016 steigt der Schuldenstand in Nordrhein-Westfalen auf über 146 Milliarden €. In solch einer Situation sollte und muss jeder daran glauben, in diesem Falle nicht der Haushaltsansatz an sich, dafür aber die Integrationsstaatssekretärin.

Es ist ein offenes Geheimnis, warum diese Stelle 2010 nach der Wahl errichtet wurde. Noch vor der Wahl wurde Frau Kaykin von ihrem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel im Falle eines Regierungs-

wechsels vor der türkischen Presse als die „zukünftige Ministerin“ vorgestellt.

Der Regierungswechsel kam – aber man wollte Frau Kaykin nicht mehr zur Ministerin machen. Sie nach der Wahl lediglich als Beauftragte vorzustellen, ging aber auch nicht. Dafür hätte Sie die türkische Community wahrscheinlich zerrissen.

So war für Sie die beste Lösung, Frau Kaykin zur Staatssekretärin zu berufen, die sich nur und ausschließlich um das Thema „Integration“ kümmern sollte. Kurz: Eine Staatssekretärin ist zwar keine Ministerin, aber immer noch etwas Besseres als eine Beauftragte.

Dabei ist Frau Kaykin die einzige Staatssekretärin, die sich lediglich um ein einziges Thema kümmert. Bei aller Liebe: Auf diesen Etikettenschwindel können wir verzichten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dieses Amt ist symbolpolitisch sicherlich wichtig, haushaltspolitisch aber einfach nicht richtig.

(Beifall von der CDU)

Wir empfehlen der Landesregierung deshalb, künftig auf den Etikettenschwindel zu verzichten und sich entweder auf das alte Modell des Integrationsbeauftragten zu berufen – Herr Kufen hat vorgebracht, was man aus diesem Amt alles machen kann – oder aber das Thema komplett an den zuständigen Landesminister zu verweisen.

Auch hierfür gibt es ein gutes Beispiel. Den Namen möchte ich hier allerdings nicht nennen, und zwar ganz einfach deshalb, lieber Herr Minister Schneider, weil ich Sie nicht ärgern möchte. – Danke.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Güler. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege von Grünberg.

Bernhard von Grünberg (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus den Worten von Frau Güler werde ich meistens nicht schlau. Sie lobt die Landesregierung für ihre Ansätze.

Diese sind erstaunlich hoch und gut, weil wir nämlich erheblich mehr Geld ausgeben. Wir geben nicht nur 10 Millionen € mehr aus für kommunale Integrationszentren, sondern wir geben zusätzliches Geld aus für Lehrerstellen und die Weiterentwicklung der einzelnen Projekte, die es auf kommunaler Ebene geben soll. Das heißt, wir helfen den Kommunen bei ihrer kommunalen Integrationsarbeit. Diese Arbeit geht eben nur in den Kommunen, und dabei sind wir behilflich.

Sie beschweren sich aber darüber, dass RAAs in kommunale Integrationszentren umgewandelt wer-

den; so habe ich Sie zumindest verstanden. Das verstehe ich nicht. Die RAAs hatten bisher lediglich einen Bildungsauftrag. Wir wissen aber, dass es neben der Bildung noch viele weitere Bereiche gibt, um die man sich in den Kommunen kümmern muss. Deswegen sind kommunale Integrationszentren letztlich sinnvoller.

Sie regen sich auch über die Frage auf, warum wir eine Erweiterung vorgenommen hätten. Wir machen es deswegen, weil wir das Geld jetzt gerecht im Land verteilen. Das heißt: Diejenigen Regionen, bei denen es sich eigentlich um CDU-Regionen handelt – also ländliche Regionen, die bisher noch gar nichts in Sachen Integrationspolitik gemacht haben, jedenfalls keine RAAs hatten und nicht über entsprechende Strukturen verfügten –, bekommen jetzt ebenfalls Gelder.

Wir hätten das Geld ja auch ganz anders ausgeben können, zum Beispiel für die Ballungsgebiete – also dort, wo es bereits RAAs gab –, um dort zunehmende Integrationsprobleme bewältigen zu können. Wir haben jedoch gesagt, dass wir das Geld zunächst flächendeckend ausgeben wollen, um flächendeckend entsprechende Maßnahmen vorhalten zu können.

Ich verstehe Sie deswegen nicht, weil das Ganze vor allem den Kommunen zugutekommt, die noch CDU-geführt sind. So viele sind es ja nicht mehr.

(Zuruf von der CDU)

Ein weiterer Punkt: Sich wieder an Frau Kaykin abzarbeiten, ist so was von daneben, Frau Kollegin! Sie sagen: Wir brauchen keine Staatssekretärin für ein solches Amt. – Vorher haben Sie gesagt: Sie hätte eigentlich Ministerin werden sollen. – Die CDU hat ja in einigen Bundesländern, zum Beispiel in Niedersachsen, Ministerinnen für diesen Bereich eingesetzt.

Jetzt aber sagen Sie, für diesen Bereich bräuchte man eigentlich nichts dergleichen; das Büro eines Integrationsbeauftragten, der die Arbeit mehr oder weniger nebenamtlich macht, würde völlig ausreichen. Das reicht aber eben nicht aus, denn eine solche Stelle ist etwas anderes als die einer Staatssekretärin. Die Staatssekretärin hat ein ganzes Ministerium hinter sich. Deswegen kann sie sehr viel effektiver arbeiten als ein Integrationsbeauftragter.

Ich weiß nicht, was Sie wollen. Wollen Sie tatsächlich ein Mehr an Integration, oder wollen Sie hier nur Polemik betreiben? Sie sagen auch, es müsse gespart werden. Ich kann dazu nur sagen: Sie wollen bei den freien Verbänden 20 % der Mittel streichen.

Das heißt dann ja wohl, dass das auch für den Integrationsbereich gelten soll. Sie wollen zum Beispiel der LAGA weniger Geld geben, obwohl es dort dringend benötigt wird, damit die gute Arbeit noch besser vernetzt werden kann. Wollen Sie das wirklich? Da werden Sie auf einmal ganz einsilbig, blei-

ben bei den allgemeinen Sparbemühungen und überlassen das ansonsten Ihrem Fraktionsvorsitzenden.

Wir werden mit diesem Geld in diesem Haushalt eine vernünftige Integrationsarbeit leisten. Natürlich gibt es in Zukunft sehr viel mehr zu tun. Zum Beispiel werden wir uns mit der von den Piraten vorhin bereits angesprochenen europäischen Einwanderung beschäftigen. Diese wird ganz erhebliche Integrationsprobleme aufwerfen.

Im Übrigen lohnt sich Integrationsarbeit und ist nicht nur irgendetwas, das nur aus menschlichen Beweggründen erfolgt. Integrationsarbeit lohnt sich, weil sie dazu führt, dass Menschen vermehrt in Arbeit kommen, dass es weniger Schulabbrecher gibt, dafür aber intensivere Beteiligungsmöglichkeiten und dass Menschen sich hier wohlfühlen und hier arbeiten können.

Das ist ganz entscheidend. Deshalb bin ich auch überzeugt, dass sich die zusätzlichen 10 Millionen € sicherlich rechnen werden, auch ökonomisch.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege von Grünberg. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns hier durchaus einig, dass es richtig ist, den Mittelansatz für die Integrationsarbeit zu erhöhen. Das ist überhaupt keine Frage, Herr Kollege von Grünberg. Das hat die Kollegin Güler ausgeführt, und dem schließen wir uns an.

Sich hier aber dafür abzufeiern, ist mit Blick auf die demografische Entwicklung, so glaube ich, nicht angemessen. Das Ganze ist einfach schlichtweg eine Notwendigkeit, und hierüber besteht im Hause Konsens.

Die Anfrage lautet aber: Wenn man schon das Geld in die Hand nimmt, muss man das handwerklich vernünftig machen. Sie haben klipp und klar erklärt, Herr Minister, dass im Mittelpunkt Ihrer Integrationsarbeit die Kommunalen Integrationszentren stehen. Hier läuft handwerklich vieles falsch.

Wenn Sie mit den Praktikern vor Ort sprechen, dann bekommen Sie das mit. Dann sehen Sie das Problem, dass Sie einer Stadt wie Gelsenkirchen genauso ein Kommunales Integrationszentrum verpassen wollen wie dem Hochsauerlandkreis. Die Situation in Bonn ist auch eine andere als im Münsterland. Es sind unterschiedlich gewachsene Integrationsstrukturen.

Statt die RAAs aufzulösen und in die Kommunalen Integrationszentren zu überführen, wäre es viel sinnvoller gewesen, sukzessive aufzubauen und zu

gucken. Was ist vor Ort da? Wo steuere ich nach? Das alles wäre ohne Weiteres möglich gewesen, stattdessen Schema F.

(Beifall von Serap Güler [CDU])

Dann gibt es das Problem, dass die Kommunalpraktiker vor Ort mit Ihnen erleben, etwa mit dem Integrationsministerium, wobei mir die Integrationsbeauftragten berichten, dass sie teilweise den Eindruck haben, dass selbst im Haus keine klaren Vorstellungen über die Zuständigkeiten herrschen, dass es etliche Runden mit den Kommunen, Dezernentenrunden mit dem Integrations- und dem Schulministerium gegeben hat, in denen es immer wieder zu Frustrationen gekommen ist. Es wird berichtet, dass wir im Schulbereich zwischen den Kommunen, den Bezirksregierungen und der kommunalen Schulaufsicht Probleme haben.

Hier sieht man, dass nicht vernünftig gesteuert wird, dass kein vernünftiges Monitoring stattfindet und dass auch der ganze Prozess als solcher überbürokratisiert ist. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen. Es gibt eine Kommune, da hat sich eine junge Frau mit Migrationshintergrund beworben, um in einem Kommunalen Integrationszentrum zukünftig mitzuarbeiten. Die junge Dame hat vorher bereits in der örtlichen Stadtverwaltung gearbeitet, bringt entsprechende Erfahrungen mit, hat aber keinen pädagogischen Abschluss. Ihr wurden Steine in den Weg gelegt. Ihr wurde gesagt, dass das nicht akzeptiert werde.

Anderes Beispiel – Arbeitszeit: Es ist völlig normal, dass sich heutzutage eine Vollzeitstelle in eine 75%-Stelle und eine 25 %-Stelle teilen lässt. Das ist hier nicht möglich. Es geht nur 50 % oder 100 %. Das ist meiner Meinung nach in Zeiten, wo man einen Taschenrechner bedienen und mit der Bruchrechnung umgehen können sollte, einfach nicht mehr angemessen.

Wir haben den Eindruck: Es fehlt ein entsprechendes Monitoring. Frau Güler hat es eben angesprochen. Sie haben statt dem Integrationsbeauftragten sogar eine Staatssekretärin für diese Arbeit eingestellt. Offensichtlich funktioniert es nicht. Ich muss ganz ehrlich sagen, Frau Staatssekretärin Kaykin: Nur Repräsentieren reicht nicht. Wir erwarten Impulse, wir erwarten ein anständiges Monitoring bei den Kommunalen Integrationszentren und nicht einfach Stillstand.

Wir haben Sie im Zusammenhang mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen aufgefordert, ihr Amt ruhen zu lassen. Sie lassen stattdessen die Arbeit ruhen. Da – das muss ich ganz ehrlich sagen – haben Sie uns falsch verstanden.

(Beifall von der FDP)

Ich möchte noch zwei kurze Anmerkungen machen, die, so denke ich, zu dem Gesamtkomplex „Integration“ dazugehören. Ich freue mich sehr über die

Bewegung, die wir auf Bundesebene beim Thema „Optionspflicht“ haben. Ich hoffe, dass die CDU über ihren Schatten springen wird und vielleicht eher ihrer integrationspolitischen Sprecherin folgt und nicht anderen vermeintlichen Mehrheiten. Das ist das eine Thema.

Das zweite Thema, das ich nennen möchte – ich möchte den Minister ausdrücklich für den bisher gezeigten Umgang mit dem Thema loben –, sind die Armutsflüchtlinge: Ich glaube, das ist ein Thema, das wir fraktionsübergreifend gemeinsam angehen müssen. Wir dürfen die Kommunen nicht im Stich lassen. Hier muss bald etwas geschehen. Wir müssen es so gestalten, dass wir menschliche und vernünftige Lösungen finden. Aber wir dürfen hier die Menschen vor Ort nicht alleine lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Velte.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme hier immer mit einem Redemanuskript an. Dann ist es so schön, wenn Frau Güler, Herr Stamp und Herr Grünberg sich geäußert haben, aktuell auf die Fragestellungen einzugehen, die aufgeworfen sind.

Natürlich hatte ich mir auch vorgenommen, zum Thema „Kommunale Integrationszentren“ zu reden. Als Kommunalpolitikerin – das habe ich schon öfter gesagt – bin ich sehr glücklich und sehr froh, dass es diese jetzt gibt. Ich bin aus zwei Gründen sehr froh: Ich bin einmal deswegen sehr froh, weil es mehr Geld gibt. Ich komme aus einer armen Stadt. Ich glaube, es geht vielen Städten so, die sagen: Endlich bekommen wir Geld für die Kommunalen Integrationszentren – und hören nicht nur Worte, was wir seit Hunderten von Jahren kennen – und können unsere kommunale Integrationsarbeit noch einmal vernünftig aufstellen.

Ich bin aus einem zweiten Grund sehr froh: Mit dem Gesetzentwurf, dem alle zugestimmt haben, kommt der Aspekt hinein, kommunale Selbstverwaltung zu stärken und vor allem die kommunalen Integrationsbemühungen über die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien hinaus weiterzuentwickeln.

Vielleicht hat sich keiner klargemacht, dass da, wo Strukturen sind, natürlich auch Gespräche stattfinden. Zum Teil finden auch Kämpfe statt. Ich finde es gut, dass das passiert. Das hat nämlich zum Hintergrund, dass die Kommunen, dass die Stadträte, dass die Verwaltungen sich noch einmal neu mit dem Thema auseinandersetzen.

Ich finde es auch sehr gut, dass aus dem Bildungsministerium so viel Unterstützung für das Thema „schulische Bildung“ gekommen ist. Ebenfalls finde ich es sehr gut – das ist eine wichtige Präzisierung –, dass zu dieser schulischen Bildung jetzt auch die kommunale Integrationsarbeit, die da heißt „Teilhabe von Migrantinnen in allen Lebensbereichen, Partizipation in der Stadtteilentwicklung, Seniorinnenarbeit“ stärker in den Fokus der Kommunen geraten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich knirscht das. Natürlich ist es nicht einfach für die Kommunen. Für manche ist es auch nicht einfach zu sagen: Ja, jetzt war das alles so gemütlich, jetzt müssen wir alles wieder neu aufstellen. – Aber es ist doch gut und richtig, dass dieses Thema in allen Kommunen und in allen Landkreisen neu diskutiert wird. Das ist essenziell für die Frage der Integration, der Teilhabe und der Diskussion vor Ort. Von daher bin ich sehr zufrieden. Ich freue mich auch über das Geld.

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Kollegin Velte, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Dr. Stamp würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Jutta Velte (GRÜNE): Ich hatte so etwas befürchtet. Ja, bitte.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Frau Kollegin, vielen Dank, dass Sie meine Zwischenfrage trotz Ihrer Befürchtung zulassen. Ich möchte nachfragen. Sie haben sich zu Recht positiv darüber geäußert, dass Integration eine Querschnittsaufgabe ist und dass die Kommunalen Integrationszentren diese Querschnittsaufgabe wahrnehmen sollen. Ist es denn dann sinnvoll, dass in den Kommunalen Integrationszentren vier von fünf Stellen zwingend mit pädagogischen Mitarbeitern – also für den Bildungsbereich – besetzt werden müssen, während für die Querschnittsaufgabe nur noch eine Stelle übrig bleibt.

Jutta Velte (GRÜNE): Wenn ich richtig informiert bin, handelt es sich um sozialpädagogische Stellen, also nicht um zwei Lehrer. Wenn ich über Teilhabe im Stadtteil und über Partizipationsprozesse spreche, hat das sehr, sehr viel damit zu tun, dass da sozialpädagogische Arbeit geleistet werden kann. Man kann sich natürlich darüber streiten – ich war nicht an der Richtlinienentwicklung beteiligt –, ob man das nicht in Richtung auf einen Bildungsbegriff erweitern kann. Ich denke aber, dass das die zukünftige Diskussion zeigen wird. Ich glaube, wir sollten den Kommunalen Integrationszentren nach dieser Entwicklungsphase jetzt die Möglichkeit geben, erst einmal zur Ruhe zu kommen. Dann sollten wir – das ist auch so verabredet – evaluieren und

schauen: Was hat gewirkt, was hat gezogen und was nicht? Darüber müssen wir, denke ich, offen diskutieren. Ich halte es aber für nicht zielführend, in der jetzigen Phase für noch mehr Verunsicherung zu sorgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch halte ich es nicht für zielführend, dass zum wiederholten Male als erster und einziger Einsparvorschlag der komische Antrag der CDU-Fraktion bezüglich der Staatssekretärin gestellt wird.

Ich glaube, dass wir – Herr Stamp hat das dankenswerterweise angesprochen – im Moment eigentlich ganz andere Fragestellungen zu bewältigen haben. Wir haben eine riesige Aufholjagd zu machen, was sich im Teilhabe- und Integrationsgesetz auch noch einmal abbildet. Wir haben neue Herausforderungen. Es gibt eine bipolare Zuwanderung. Wir haben eine Einwanderung von hochqualifizierten Fachkräften zu verzeichnen. Auf der anderen Seite gibt es die Einwanderung von Menschen, die in ihren Heimatländern keine Arbeit finden, diskriminiert und ausgegrenzt werden. Sie versuchen, hier – unter zum Teil unsäglichen Bedingungen – ein wenig zur Ruhe zu kommen.

Ich glaube, dass wir an diesen Themen gemeinsam arbeiten können. Das, was Frau Güler gesagt hat, hört sich schon so an, als könnten wir das jetzt wieder machen. Ich halte das für wichtiger, als jetzt über eine Personalie zum dritten Mal in einer Plenarsitzung herzuführen. Eigentlich fände ich es besser, wenn wir konkret an Inhalten arbeiten würden. Damit kämen wir, glaube ich, wirklich nach vorne.

(Beifall von den GRÜNEN)

In einem Punkt gebe ich Ihnen vollkommen Recht, Herr Dr. Stamp. Ich freue mich sehr, dass ein bisschen Bewegung in der Frage der Optionspflicht hineingekommen ist. Obwohl das keine Überraschung ist, freue ich mich über die Haltung der FDP in dieser Frage. Es ist so, dass sie schon immer liberal gewesen ist. Ich hoffe, dass sich zumindest die NRW-CDU dieser Art von freiheitlichem Gedankengut annähert und auch auf dieser Ebene sich einer mehrfachen Staatsbürgerschaft annimmt. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Stellen wir uns Integration als eine lange, schwere, etappenreiche und sehr wichtige Wanderung vor, an deren Ziel alle in Deutschland lebenden Menschen die gleichen Chancen auf Bil-

dung und Arbeit haben. Mit dem Haushaltsentwurf 2013, den die Landesregierung vorgelegt hat, stehen wir am Anfang. Das soll nicht heißen, dass wir noch nicht begonnen haben loszulaufen.

NRW hat als einziges Bundesland einen eigenen Integrationsausschuss. Auch verfügt NRW über einen eigenen Integrationshaushalt. Darüber hinaus findet Integration auf vielen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Teilbereichen statt, beispielsweise in Kindergärten, in der Schule, in der Ausbildung, an der Universität, im Beruf, in der Familie, im Musik- und im Sportverein. Oder aber sie findet – das ist eine andere Ebene – beim Kampf gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit statt. In all diesen Politikfeldern und den dazu gehörigen Haushalten finden sich Maßnahmen, die in einem weiteren Sinne der Integration dienen.

Eine erste größere Etappe wäre es, die Integrationsmaßnahmen zu bündeln und zu verzahnen, um die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen zu erhöhen. Wenn es zudem gelingen könnte, Migrantinnen und Migranten frühzeitig und nahtlos mit individuell passenden und aufeinander aufbauenden Integrationsmaßnahmen zu unterstützen, wären wir dem Ziel mit Sicherheit ein großes Stück näher.

Mit dem Integrations- und Teilhabegesetz sowie mit den 9 Millionen € im Haushalt für die Kommunalen Integrationszentren ist die erste wichtige Etappe in der richtigen Richtung bewältigt. Wie das aber in den Bergen beim Wandern so ist: Selbst die besten und erfahrensten Wanderer verlaufen oder verirren sich. Bereits seit 15 Jahren laufen die Bundesregierung und die Oppositionsparteien bei der so wichtigen Frage der Staatsbürgerschaft in die falsche Richtung. Natürlich verstehen wir, dass man sich in so manch konservativen Nebelbänken der CDU verlaufen kann, was sich zum Beispiel bei der Optionspflicht zeigt. Wie Ihnen aber bekannt ist, stehen wir bei diesem Thema als Wegweiser gerne zur Verfügung.

Wie aus SPD-Kreisen verlautet, gibt es bei unserem Antrag noch Erweiterungsbedarf. Erweiterungsbedarf? Ach, wir sind ja im Integrationsausschuss. Das ist der kuschelige Ausschuss, wo wir eigentlich alle an einem Strang ziehen. Oder?

Deshalb würden wir es außerordentlich begrüßen, wenn Sie im Rahmen eines Änderungsantrages Ihre Vorschläge einbringen würden, damit wir diese dann gemeinsam in unseren Antrag integrieren könnten. Hierbei würde sich gelebte und vor allem vorgelebte Integration zeigen.

Wenn die Philosophie dieses Hauses – eine Politik der ausgestreckten Hand – das nach außen tragen kann, kann das nur Vorbild für die Bürger dieses Landes sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Meine Damen und Herren, der Aufwand für humanitäre Leistungen, um mit den zunehmenden Flüchtlingsströmen fertig zu werden, ist eine der Kraftanstrengungen der nächsten Jahre. Aber auch die legalen Zuwanderungen, die ab dem 1. Januar 2014 aus den neuen EU-Ländern zu erwarten sind, werden eine große Herausforderung darstellen.

Der Haushalt 2013 bildet leider in keiner Weise präventive Maßnahmen ab, die aber von der Landesregierung unternommen werden müssten, um die kommenden Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Sie ignorieren die Wegmarkierungen und werden später mühsam die steilen Wege der nächsten Haushalte Schritt für Schritt erklimmen müssen.

Meine Damen und Herren, wie ich schon zu Beginn meiner Rede sagte, stehen wir am Anfang einer langen, schweren, etappenreichen und sehr wichtigen Wanderung. Obwohl wir mit dem Haushalt 2013 erst am Anfang stehen und bereits verschiedene Umwege gehen mussten, bedeutet das nicht, dass wir generell in die falsche Richtung wandern.

Wir stimmen dem eingeschlagenen Weg und somit dem Haushalt 2013 für den Teilbereich Integration zu. – Vielen Dank!

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Güler, zunächst zu Ihnen eine Bemerkung: Wenn Sie mich nicht mehr ärgern wollen, ist das prima.

(Winfried Schittges [CDU]: Sie lassen sich ärgern!)

Aber mir wird auch etwas fehlen. Nutzen Sie doch eine andere Gelegenheit, um die Person, deren Namen Sie nicht mehr nennen wollten, zu feiern! Er hat es ja verdient. Das gehört zur Liturgie in Ihren Reden. Nun werden Sie es sein lassen. Noch einmal: Mir wird einiges fehlen.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsansatz „Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter“ beträgt in diesem Jahr 27,3 Millionen € und entspricht damit ungefähr dem Vorjahresansatz. Er ist im Wesentlichen von der Umsetzung des im letzten Jahr verabschiedeten Teilhabe- und Integrationsgesetzes geprägt. Deshalb liegen die haushaltsmäßigen Schwerpunkte dieses Haushalts in der Unterstützung der kommunalen Integrationsarbeit und der zivilgesellschaftlichen Akteure sowie der Verbesserung der Zusammenarbeit im Lande hinsichtlich der Migrantenselbstorganisationen. Wir legen Wert auf die kommunale Ebene, weil dort In-

tegrationsarbeit und Politik evident ist. Wo denn sonst?

Ein wesentlicher Förderschwerpunkt liegt bei den schon angesprochenen Integrationszentren. Mit der im letzten Jahr erfolgten deutlichen Erhöhung der Mittel auf fast 10 Millionen € leistet das Land einen substanziellen Beitrag zur Verbesserung der Integrationsarbeit vor Ort und damit auch zur Stärkung der Kommunen. Trotz der späten Verabschiedung des Haushaltes 2012 haben wir bis Ende des letzten Jahres bereits 16 kommunale Integrationszentren an den Start bringen können. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass bis Ende des Jahres 2013 die vom Gesetzgeber angestrebte landesweite Struktur stehen wird und wir damit eine passgenaue Ausrichtung der Integrationsarbeit vor Ort sichern können.

Im Übrigen denke ich, dass die Einrichtung dieser Zentren nicht bürokratisch vorgenommen worden ist. Ich habe erst in der letzten Woche einen Besuch in der RAA-Zentrale durchgeführt. Dort wurde mir versichert, dass entsprechend der spezifischen Bedingungen in den Kommunen vorgegangen worden ist. Wir werden diese Berichterstattung auch im Integrationsausschuss dieses Hohen Hauses gestalten, sodass Sie sich alle einen Überblick davon machen können, dass auch bei der Einrichtung der Integrationszentren das Prinzip der Einheit in der Vielfalt gilt.

Herr Stamp, Sie haben angesprochen, dass Teilzeitarbeit nicht flexibel genug eingeführt werden kann und dass bestimmte Studienabschlüsse Voraussetzung für eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst sind. Dies ist nicht Ergebnis der bürokratischen Herangehensweise bei der Installierung der kommunalen Integrationszentren, sondern mehr oder weniger das Ergebnis mangelnder Flexibilität im öffentlichen Dienstrecht. Darauf müssen wir zu sprechen kommen. Wenn dies so ist – da gebe ich Ihnen Recht –, dann muss man da Abhilfe schaffen.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Sehr gut!)

Ich bin zutiefst davon überzeugt: Wenn das rechtlich möglich ist, werden wir das auch hinbekommen.

Meine Damen und Herren, wir fördern mit 8,5 Millionen € die bewährten Integrationsagenturen in der Trägerschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. 1,2 Millionen € erhalten die Migrantenorganisationen und ihre Netzwerke. Gerade auf diesem Weg lege ich großen Wert. Migranten müssen sich selbst organisieren, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Sie dürfen nicht Gegenstand einer stellvertretend handelnden Politik werden. Das wäre wirklich verfehlt.

Bei den Integrationspauschalen konnten wir Absenkungen der Haushaltsansätze vornehmen, weil wir in bestimmten Bereichen eine rückläufige Zuwanderung hatten, zum Beispiel bei den Spätaussiedlern. Auch die jüdische Zuwanderung hat nachgelassen.

Ich glaube, wir haben mit dem vorliegenden Haushaltsansatz eine gute Voraussetzung dafür geschaffen, dass unsere erfolgreiche Integrationspolitik in NRW fortgeführt werden kann.

Lassen Sie mich noch eins zur Staatssekretärin sagen: Es ist inzwischen wenig originell, wenn Sie jede Plenardebatte zum Thema „Integration“ nutzen, um sich an Frau Kaykin abzuarbeiten. Frau Kaykin leistet eine ausgezeichnete Arbeit,

(Zuruf von der CDU: In Duisburg!)

sie bearbeitet bei Weitem nicht nur ein Thema, sondern sie beschäftigt sich mit allen Facetten des Lebens von über 20 % der Bevölkerung. Das ist kein Pappenstiel. Unterlassen Sie diese permanenten Angriffe.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Schneider, möchten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Güler zulassen?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Bitte.

Serap Güler (CDU): Herr Minister, ich würde das gerne ein bisschen erläutert wissen. Für was genau außer dem Bereich Integration ist Frau Kaykin noch zuständig? Und selbst wenn sie für mehr zuständig ist, frage ich mich, warum Sie zwei Staatssekretäre brauchen.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ihnen dürfte doch nicht entgangen sind, dass Integration ein politisches Schwerpunkt- und Querschnittsthema ist. Deshalb ist Frau Kaykin mit Bildungsfragen natürlich genauso befasst wie mit arbeitsmarktpolitischen Fragen und vielen anderen Sachverhalten. Natürlich ist sie in erster Linie für den Personenkreis der Menschen mit Zuwanderungshintergrund zuständig, aber Sie wissen, wie schwer es ist, diesen Personenkreis von anderen abzugrenzen.

Ich will Ihnen ein Beispiel dafür geben, wie doppelbödig Ihre Argumentation ist. Gerade heute habe ich einen ehrwürdigen CDU-Landtagsabgeordneten getroffen – ich sage nicht aus welchem Landesteil; dann könnten Sie ihn identifizieren –, der mir mitteilte, er habe gleich ein Gespräch mit der Staatssekretärin, und der darauf hinwies, wie gut die Zusammenarbeit mit dieser Staatssekretärin sei.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Aber Sie dürfen keinen Namen nennen!)

– Ich könnte Ihnen den Namen nennen, aber das tue ich nicht. Er kommt aus dem Münsterland. Informieren Sie sich bei Ihrem Fraktionsvorsitzenden. Er wird Ihnen dazu mehr sagen können.

Also, diskutieren wir über die Sache und nicht über Personen. Diskutieren wir darüber, was gemeinsam in der Integrationsarbeit gemacht werden kann. Die Stichworte sind genannt, beispielsweise „Armutswanderung“. Ich denke, das Thema „doppelte Staatsbürgerschaft“ wird Sie genauso wenig verlassen wie das Thema „Optionspflicht“. Nun haben Sie in der CDU schon so viele kontroverse Themen abgeräumt. Vielleicht verfahren wir auch bei diesen Themen bis zum 22. September so. Ich würde mich freuen. Das wäre ein Modernisierungsschub für unsere gesamte Gesellschaft. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Ohne die Zeit für die Beantwortung der Zwischenfrage hat Herr Minister Schneider dieses Mal wieder um zwei Minuten überzogen. Möchte jemand aus den Fraktionen das Wort haben? – Das ist nicht der Fall. Dann sind wir auch beim Teilbereich „Integration“ am Ende der Beratung, die ich damit schließe.

Ich rufe auf den

Teilbereich Soziales

und erteile für die Fraktion der CDU Frau Middendorf das Wort.

Claudia Middendorf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir im Dezember letzten Jahres den Haushalt für 2012 verabschiedet haben, sind wir nun bei der zweiten Lesung für den Haushalt 2013.

Was fällt uns auf, wenn wir die Lektüre für die Zahlen 2013 lesen? – Sieben Bundesländer schreiben inzwischen schwarze Zahlen – das sind unter anderem Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen –, überholen uns und unternehmen Anstrengungen bei der Schuldentilgung. Nur Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen spart nicht. Stattdessen nehmen Sie 3,5 Milliarden € an neuen Schulden für 2013 auf, und das trotz höchster Steuereinnahmen.

Nun schauen wir einmal in Ihr Haus, Herr Minister Schneider – was mich immer besonders freut, ist, dass Sie mein Wahlkreitsmitbewerber sind –, was da so los ist. Der Gesamthaushalt des MAIS im Haushalt 2013 liegt bei rund 3,2 Milliarden €. Im Vergleich zu 2012 handelt es sich dabei um eine Steigerung von rund 291 Millionen €, die vor allem auf höhere Ausgaben im Bereich der Grundsicherung zurückzuführen sind.

Nun zu einigen Haushaltsbereichen: Für den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ sowie für weitere

Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut werden im Haushalt 2013 Mittel in Höhe von 1 Million € bereitgestellt. Mit den Lorbeeren für dieses Programm und die Mittagsverpflegung schmückt sich die Landesregierung bekanntlich sehr gerne, und Herr Minister Schneider hat zum Beispiel noch bei der letzten Haushaltsberatung 2012 auf den hohen Stellenwert der Bekämpfung von Kinderarmut verwiesen.

Doch in der politischen Realität sieht es bei Rot-Grün anders aus. Den Löwenanteil – und jetzt bitte ich Rot-Grün, genau zuzuhören – von „Alle Kinder essen mit“ trägt der Bund.

(Beifall von der CDU)

Und auch sonst – das habe ich in meinen drei Reden, in denen ich für den Bereich „Soziales“ sprechen durfte, angemerkt – fehlen Ideen und Konzepte von SPD und Grünen. Das gilt neben der Bekämpfung der Kinderarmut auch für die Erscheinungsformen von Armut bei alten Menschen oder von Ausgrenzungen.

Ein weiterer Bereich ist die Erstattung der Fahrgeldausfälle für die Freifahrten der Schwerbehinderten im öffentlichen Nahverkehr. Hier wurde der Haushaltsansatz auf 106 Millionen € erhöht, mit der Begründung, die Summe an den zu erwartenden Bedarf anzupassen. Da der tatsächliche Bedarf für 2012 bei ca. 93 Millionen € lag, halten wir eine Reduzierung für notwendig und wichtig. Wir haben dazu einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht.

Auch die Mittel für den Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung sollen gestrichen werden – 2010 war die Landesbeauftragte noch ehrenamtlich tätig; wir alle wissen noch, wie engagiert Frau Gemkow ihre Arbeit ehrenamtlich gemacht hat –,

(Beifall von der CDU)

denn die Aufgaben für den Behindertenbeauftragten werden in vollem Umfang bereits auf Bundesebene wahrgenommen. Dies ist wirklich unnützes Geldausgeben, Herr Minister.

(Beifall von der CDU)

Ein weiterer Punkt aus dem Haushaltsteilbereich Soziales beinhaltet die Vergütungsregelung für Kommunikationshelfer bzw. Gebärdensprachdolmetscher. Der Aktionsplan der Landesregierung „Eine Gesellschaft für alle“ sieht vor, diese Vergütungsregelung zu überarbeiten.

Wir als CDU fordern, einen Sonderfonds von 100.000 € einzurichten. Damit sollen einmalig zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern möglich zu machen. Hier sind Sie gefragt, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den Regierungsfrakzio-

nen, um den Betroffenen ein wichtiges Signal zu geben.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die CDU-Landtagsfraktion mit 84 Änderungsanträgen einen konstruktiven Beitrag in dieser Haushaltsdebatte geleistet hat. Mit unseren Anträgen wären strukturelle Einsparungen von etwa 1 Milliarde € im Etat verbunden gewesen. SPD und Grüne haben alle Vorschläge unseres Sanierungskonzeptes abgelehnt. Durch die hohe Neuverschuldung wird NRW wieder einmal einsamer Spitzenreiter. Was dieser Landesregierung fehlt, ist nach wie vor die Einsicht, mit dem Geld auszukommen, das zur Verfügung steht. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Scheffler.

Michael Scheffler (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsplan 2013 hält das soziale Gleichgewicht. Er ermöglicht allen Menschen die Teilhabe am Alltag, auch denjenigen, denen es schlechter als anderen geht; er ist sozial, solide und verlässlich.

In der vergangenen Woche hat der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales eine Anhörung durchgeführt, die für uns sehr aufschlussreich war. Es ging um den Stand der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes und die Situation der Jobcenter.

In dieser Sitzung wurde deutlich, dass die Leistungen des Paketes in einem erheblichen Teil immer noch nicht bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen ankommen. Was für mich ganz besonders erschreckend ist, meine Damen und Herren: Dieses Bürokratiemonster schluckt von jedem Euro, der für Bildung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bereitgestellt wird, ganze 46 Cent Verwaltungskosten. Dies belegt aktuell eine Fallstudie des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Hier ist meine ganz klare Meinung: Dieses Geld wäre bei unseren Kindern und Jugendlichen besser eingesetzt.

(Beifall von der SPD)

Deshalb verlange ich noch einmal ganz eindringlich und deutlich, dass die Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in die Infrastruktur gehen müssen, dass die Kindertageseinrichtungen, die Schulen und dort, wo die Vereine gefragt sind, auch die Vereine dieses Geld verteilen. Ich glaube, das ist eher zielführend, als Geld für Verwaltung auszugeben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Scheffler, der Kollege Burkert würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Michael Scheffler (SPD): Gerne.

Oskar Burkert (CDU): Herr Scheffler, Ihnen ist ja bekannt, dass der Bund an die Kommunen kein Geld durchreichen kann, sondern dass die Gelder über das Land laufen. Wer ist denn dann für Richtlinien zuständig, der Bund oder das Land, das die Mittel bekommt, und warum gibt es in Nordrhein-Westfalen Kommunen, bei denen das Geld tatsächlich da ankommt, wie es der Bund geplant hat?

Michael Scheffler (SPD): Lieber Kollege, ich denke, Sie wissen, dass das Land Nordrhein-Westfalen eine ausgezeichnete Handreichung für die Städte und Gemeinden erarbeitet hat; aber das Land konnte nichts daran ändern, dass die Städte und Gemeinden im Hinblick auf die Kindertageseinrichtungen für das Jahr 2013 Belege liefern müssen, wie viele Mittagessen zum Beispiel im Einzelnen ausgegeben worden sind. Sagen Sie einmal einer Erzieherin, dass sie den dicken Daumen nehmen kann. Nein, sie muss Strichlisten führen und deutlich machen, welche Kinder profitiert haben. Das ist Bürokratie, und das kostet nicht nur den Trägern, sondern auch den Städten und Gemeinden sowie den Jobcentern Geld. So rechnen sich diese 46 Cent zusammen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte aber aus der Anhörung noch ein anderes Thema ansprechen: Die SPD hat seinerzeit im Vermittlungsausschuss durchgesetzt, dass Stellen für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter geschaffen werden. Diese sind bis Ende 2013 befristet. Hier sagen wir auch ganz klar: Diese Stellen müssen erhalten und weiterfinanziert werden, hier muss der Bund seiner Verantwortung nachkommen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 3.000 Stellen, die dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen Chancen zu geben. Ohne diese Stellen wäre die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepaketes wahrscheinlich noch geringer ausgefallen, als es heute der Fall ist.

(Beifall von der SPD)

In der Anhörung ist sowohl von den kommunalen Spitzenverbänden als auch von der freien Wohlfahrtspflege eindringlich darauf hingewiesen worden, dass diese Stellen auch zukünftig bleiben sollen.

Meine Damen und Herren, wenn wir heute über den Sozialhaushalt diskutieren, begrüßen und unterstützen wir als SPD-Landtagsfraktion auch ausdrücklich den Aktionsplan „NRW inklusiv“ und sein Ziel, mit mehr als 100 Maßnahmen die gleichberechtigte

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention in allen Lebensbereichen voranzubringen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle sagen: Ich habe eigentlich kein Verständnis dafür, dass die hauptamtliche Stelle des Behindertenbeauftragten – das hat eben auch die Kollegin Middendorf vorgetragen – in Nordrhein-Westfalen wieder auf eine ehrenamtliche Stelle zurückgeführt werden soll. Mittlerweile sind in der Bundesrepublik Deutschland zwölf von 16 Behindertenbeauftragten hauptamtlich tätig. Eine 13. Stelle wird hinzukommen, da das Kabinett in Bayern 2012 beschlossen hat, dass die Arbeit des Behindertenbeauftragten – in diesem Falle der Behindertenbeauftragten Irmgard Badura – künftig hauptamtlich durchgeführt werden soll. Dazu kann ich nur sagen: Bayern lernt anscheinend nicht nur bei der Abschaffung von Studiengebühren von Nordrhein-Westfalen, sondern auch bei Einrichtung einer Stelle des oder der Behindertenbeauftragten unter der Voraussetzung, dass die Arbeit des Behindertenbeauftragten durch die UN-Behindertenrechtskonvention völlig anders geworden ist und es hier wesentlich größere Herausforderungen gibt. Vor allen Dingen haben wir als Parlament dem Behindertenbeauftragten die Aufgabe zugewiesen, das Landesrecht auf die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung zu untersuchen. Dies geht nur, wenn eine vernünftige hauptamtliche Personalausstattung gegeben ist.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir wollen im Behindertenbereich aber auch noch andere Dinge bewegen. Beispielsweise wollen wir helfen, die Integrationsunternehmen weiter auszubauen und mehr Übergänge aus den Werkstätten für behinderte Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, dazu gehört für uns auch, dass wir im Bereich der Armut, einem der größten Zukunftsrisiken unserer Gesellschaft, tätig werden wollen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Landesregierung das Konzept für „Armut in Nordrhein-Westfalen“ erarbeiten will. Wir sehen hier eine große Chance in der neuen Förderperiode des Europäischen Sozialfonds ab 2014, weil hier ein Schwerpunkt in der Bekämpfung der Armut vorgesehen ist und in anderen Programmen der EU auch in der Bekämpfung der Armut im ländlichen Raum ein Schwerpunkt gesehen wird.

Meine Damen und Herren, wenn wir von Armutsbekämpfung reden, will ich noch einmal darauf hinweisen, ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Michael Scheffler (SPD): ...dass zur Armutsbekämpfung natürlich auch gehört, dass wir Erwerbsarmut nicht aus den Augen verlieren dürfen. Eine

sichere und auskömmliche Bezahlung ist das beste Mittel gegen Armut.

Deswegen will ich Sie noch einmal auffordern: Stimmen Sie unseren Anträgen

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

auf Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zu. Dann werden wir den Menschen helfen, auf eigenen Beinen stehen zu können und von ihrem eigenen Einkommen leben zu können. Das ist ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Armut. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Scheffler. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Alda das Wort.

Ulrich Alda (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Seien Sie mir nicht böse; ich muss aber noch eine kurze Bemerkung voranstellen. Herr Minister Schneider, erst einmal schönen Dank dafür, dass Sie recht fair über die sogenannten prekären Themen sprechen! Frau Kollegin Maaßen, ich bitte Sie aber wirklich, sich einmal den neuen Tarifvertrag in der Zeitarbeit anzuschauen, den der Minister auch schon erwähnt hat. Da sind Sie nach sechs Wochen in der untersten Lohngruppe weit weg von dem, was Sie prekär nennen. Aber schauen Sie erst einmal hinein. Vielleicht können wir dann noch einmal vernünftig reden.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Meine Damen und Herren, Bildung ist nicht nur für den Arbeitsmarkt wichtig, sondern spielt auch in der Sozialpolitik eine Hauptrolle. In der jüngsten Anhörung über die Erfahrungen mit dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung haben wir von den Experten gehört, dass es im Grundsatz richtig ist, auf Sachleistungen zu setzen. Ähnliches hat Kollege Scheffler gerade auch schon angedeutet. Allerdings wurde kritisiert, dass längst nicht alle betroffenen Kinder in den Genuss entsprechender Leistungen kommen, weil die Umsetzung zu kompliziert ist.

Deshalb ist es ein gutes Signal, dass diese Bundesregierung den Zugang zu den Leistungen erleichtern will. Auf jeden Fall ist die gezielte Förderung der Kinder die beste Grundlage dafür, dass sie später nicht auf Transferleistungen angewiesen sind – und das wollen wir ja alle vermeiden.

Dieses Ziel gilt auch für die Politik mit und für Menschen mit Behinderungen. Hier gibt es traditionell wenig Dissens zwischen den Fraktionen. Das schützt aber nicht davor, dass der von der Landesregierung mit großen Erwartungen ins Leben geru-

fene Aktionsplan zur Inklusion nicht ganz so reibungslos umgesetzt wird, wie es bei einem derartigen wichtigen Politikbereich wünschenswert wäre, der übrigens auch international gewünscht wird.

So wurde die Einsetzung eines Inklusionsrates im Vorfeld von einigen Misstönen begleitet. Dazu gab es kurz vor Weihnachten eine ausführliche Berichterstattung. Von den Behindertenvertretern wird befürchtet, dass es aufgrund der Größe des Beirats und der unterschiedlichen Interessenlagen der Teilnehmer schwierig werden könnte, eine aktive Beteiligung der Betroffenen sicherzustellen. In der Kritik stand vor allem die Vorgabe, dass der Beirat nur einvernehmliche Empfehlungen aussprechen soll. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, mit Verlaub: Das wäre nicht nur weltfremd, sondern könnte auch dafür sorgen, dass nur selten etwas umgesetzt werden kann.

Ein besonders wichtiges Thema innerhalb der Inklusionspolitik ist der Zugang zum Arbeitsmarkt. Die schwarz-gelbe Koalition in Berlin hat zur besseren Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt gerade erst auf Grundlage eines Antrags eine Anhörung durchgeführt. Das vordringliche Ziel besteht darin, Sonderwelten, also Arbeitswelten außerhalb des ersten Arbeitsmarktes, abzubauen. Es gibt dabei sicherlich noch viel zu tun; denn gerade auch die Arbeitgeber benötigen noch mehr Informationen und entsprechende Aufklärung, damit Vorurteile über die Leistungsfähigkeit der Behinderten abgebaut werden oder am besten gar nicht erst entstehen.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Ausgesprochen sinnvoll sind daher Maßnahmen, die die Durchlässigkeit zwischen den Werkstätten und dem ersten Arbeitsmarkt erhöhen. Auf geschützte Bereiche wird man nicht von heute auf morgen verzichten können. Sie dürfen aber nicht zur Sackgasse werden.

(Beifall von der FDP)

Stattdessen muss es vermehrt Alternativen und Maßnahmen geben, die die Überleitung in andere Arbeitsformen erleichtern.

Aus diesem Grund halte ich und halten wir das Modellvorhaben der Landesregierung und der Landschaftsverbände, in dem 1.000 sogenannte Außenarbeitsplätze für Werkstattbeschäftigte geschaffen werden, grundsätzlich für sinnvoll.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung zur freien Wohlfahrtspflege, deren Mittel um ca. 5 Millionen € gekürzt werden sollen. Ob dieser Beitrag zum Sparen angesichts der schwierigen Haushaltslage des Landes berechtigt oder doch eher unzumutbar ist, darüber kann man sicher unterschiedlicher Meinung sein. Bemerkenswert und erstaunlich fand ich jedoch die Art und Weise, auf welche die Wohlfahrtsverbände über diese beab-

sichtigte Mittelkürzung offenbar informiert wurden: abrupt und überraschend; so war der Eindruck bei den Betroffenen. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, Herr Zaum, sprach uns gegenüber gar von einem Vertrauensbruch der Regierung – vor allem, weil die Kürzungen offenbar in einem Widerspruch zu Verlautbarungen der Vergangenheit stehen. Offenbar ist der Landesregierung ihre vielfach beschworene und geradezu legendäre soziale Sensibilität im Umgang mit sozialen Akteuren an dieser Stelle abhandengekommen.

Last, but not least noch ein paar Worte zu Bayern, Studiengebühren und dem vollamtlichen Behindertenbeauftragten: Wahrscheinlich unterstellen Sie jetzt, dass sie von uns lernen. Aber lernen Sie auch mal von Bayern! Die haben nämlich noch Geld da. – Danke sehr, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding.

Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst vor wenigen Wochen haben wir an dieser Stelle über den Sozialbericht des Landes NRW debattiert. Dabei ging es darum, dass viel zu viele Menschen aus unserem Wohlfahrtssystem herausfallen, am Rande stehen und nicht teilhaben können.

In Deutschland werden nach wie vor Menschen diskriminiert, weil sie arm sind, in kinderreichen oder alleinerziehenden Familien leben, einem anderen Kulturkreis oder sozialen Milieu entstammen oder eine Beeinträchtigung haben. Ihnen wird die gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung, Freizeit, Kultur und Sport, eben allem, was unsere Gesellschaft so reich macht, verwehrt.

Wenn wir heute über den Sozialetat des Landes diskutieren, sprechen wir auch über die Finanzierung von Maßnahmen gegen Armut und von Hilfen für Menschen mit Behinderungen. Wir tun gut daran, in die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und in die Weiterentwicklung der Hilfen gegen Armut zu investieren

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

und auch in jene Verbände und Organisationen, die uns dabei unterstützen. Es muss gelingen, für alle Menschen eine Perspektive für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben in der Mitte unserer Gesellschaft zu schaffen. Soziale Gerechtigkeit ist der Schlüssel, sie ist der Garant für den sozialen Frieden und die Stärkung unserer Demokratie. Dem

steht das ewige Mantra der FDP entgegen, die neoliberale Definition von gesellschaftlicher Solidarität: Verteilt von unten nach oben und gebet denen, die ohnehin schon haben, noch mehr. – Das ist einfach nur schädlich für unsere Gesellschaft.

(Beifall von den GRÜNEN und Inge Howe [SPD])

Die CDU mit dem C für „Christlich“ im Namen verausgabte sich beim Schutz des ungeborenen Lebens offenbar so sehr, dass sie für die Lebenden nichts mehr übrig hat. Für die Misshandelten, Missbrauchten, Verwahrlosten oder ganz einfach die Armen haben Sie nur populistische Anträge im Vorrat oder ein Streichkonzert für den Landeshaushalt, soweit daraus die soziale Unterstützung finanziert werden soll.

Natürlich lehnen wir derartige Anträge, wie sie uns von der CDU vorgelegt wurden, ab. Es geht um das Sozialticket oder den Arbeitsschutz, die Überprüfung der Einhaltung des Tarifreuegesetzes oder die Förderung der Arbeitslosenzentren – das alles halten Christdemokraten für überflüssig. Ihr Schweigen bei der Streichung der Förderung der freien Wohlfahrtspflege ist überlaut. Die Patientenbeauftragte soll abgeschafft werden, und der Landesbehindertenbeauftragte soll nach dem Willen der CDU in Zukunft wieder ehrenamtlich arbeiten.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Mir ist noch sehr lebhaft in Erinnerung, wie Sie, Herr Laumann, in der Debatte zum Nichtraucherschutzgesetz von der Beschädigung des Ehrenamtes gesprochen haben, weil in Zukunft auch in der Kneipe das Rauchen verboten sein würde. Tatsächlich wird das Ehrenamt beschädigt, wenn wir es überstrapazieren. Die vielseitige und wichtige Aufgabe des Landesbehindertenbeauftragten der ehrenamtlichen Arbeit zu überlassen, kommt in der Tat einer Überforderung des Ehrenamtes gleich. Das werden wir nicht geschehen lassen.

Ganz abgesehen davon laden Sie doch einfach einmal Herrn Killewald in Ihre Fraktion ein und lassen ihn zum Thema „Kommunikationshilfeverordnung“ oder „Kommunikationshilfen im Allgemeinen“ referieren. Denn mit Ihrem Antrag auf 100.000 € für Gebärdensprachdolmetscher, den Sie eben noch so hochgelobt haben, zeigen Sie eigentlich nur eins: Sie haben immerhin mitbekommen, dass es da ein Problem gibt. Die gesamte Dimension ist Ihnen allerdings verborgen geblieben.

Wenn wir über ein warmes Essen für Kinder sprechen oder Sie so gerne betonen, dass die meisten Mittel dafür über das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung bezahlt werden, dann sollten Sie auch erwähnen, dass dies ausschließlich Kinder aus Familien betrifft, die ohnehin schon im Leistungsbezug des SGB II sind. Alle anderen, die sich in prekären Lebenssituationen befinden, fallen aus diesem Netz heraus. Dafür haben wir auf Landes-

ebene unseren Härtefallfonds. Den werden wir auch in Zukunft sichern, sodass tatsächlich jedes Kind eine warme Mahlzeit bekommt.

Meine Fraktion stimmt dem Einzelplan 11 heute zu. Wir behalten uns aber vor, mit entsprechenden Vorschlägen und Anträgen nachzujustieren. Sparen und Haushaltskonsolidierung ja, aber mit Augenmaß und ganz gewiss nicht auf dem Rücken der Armen und Ausgegrenzten unserer Gesellschaft. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und Inge Howe [SPD])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Wegner.

Olaf Wegner (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Menschen im Stream und auf der Tribüne! Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün heißt es im Bereich „Arbeit und Soziales“ als Schwerpunkt zur Bekämpfung des Armutsproblems: „Unser Ziel ist und bleibt die Vollbeschäftigung.“

Das ist auch der größte Kritikpunkt, den wir Piraten am Bereich „Soziales“ im Einzelplan 11 haben: Die Zielsetzung ist falsch. Ziel sollte es unserer Meinung nach sein, allen Menschen in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit zu geben, am sozialen Leben teilzuhaben, unabhängig davon, ob sie einer Erwerbsarbeit nachgehen oder nicht.

(Beifall von den PIRATEN)

Stattdessen kürzen Sie, Herr Minister Schneider, mal eben 5 Millionen € der Mittel für die freie Wohlfahrtspflege. Immer mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen leben in Armut und können deswegen, wenn überhaupt, nur sehr eingeschränkt am sozialen Leben teilhaben. Als Sozialminister kürzen Sie bei den Organisationen, die sich um die soziale Teilhabe in diesem Land verdient gemacht haben, nein, die sogar den staatlichen Auftrag haben. Auf der anderen Seite geben Sie Geld für Lösungsansätze aus, die zu dem Armutsproblem von heute geführt haben. Ich sage Ihnen: Das kann nicht funktionieren und ist unverantwortlich.

(Beifall von den PIRATEN)

An dem Ziel der Vollbeschäftigung politisch festzuhalten, führt heute bestenfalls dazu, dass die Beschäftigungszahlen zwar steigen, die Armut aber trotzdem weiter zunimmt, wie der Sozialbericht NRW belegt. Ich kann nur an Sie alle hier im Saal appellieren: Bitte verschließen Sie nicht länger die Augen vor der Realität. Mehr Beschäftigung führt in unserer modernen Gesellschaft nicht unweigerlich zu weniger Armut, egal wie lange es propagiert wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Ziel der Piraten ist die sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen, auch in Zeiten der Post-Vollbeschäftigung. Ein Mensch kann nur in Würde leben, wenn für seine Grundbedürfnisse gesorgt und ihm gesellschaftliche Teilhabe möglich ist. Dazu ist ein Einkommen notwendig. Dieses Einkommen muss jedem Menschen direkt garantiert werden, denn nur dann ist die Würde eines jeden einzelnen Menschen gesichert. Wir Piraten setzen uns daher für Lösungen ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe individuell und bedingungslos garantieren – auch ohne Arbeitsplatz.

Die Existenzsicherung muss Teil der öffentlichen Infrastruktur werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Die Regierung versucht, die Armut in diesem Land durch mehr Beschäftigung zu bekämpfen, was schon in der Vergangenheit keinen Erfolg gezeigt, sondern im Gegenteil das Problem der Armut noch verschärft hat. Diese Strategie findet sich auch ganz deutlich im Einzelplan 11 wieder.

Solange die Schwerpunkte nicht korrigiert werden, weg vom Mythos der Vollbeschäftigung hin zu mehr Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe, ist der Bereich „Soziales“ im Einzelplan 11 für uns Piraten völlig in diskutabel. Daher empfehle ich meiner Fraktion auch, diesen Bereich abzulehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Wegner. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Schneider.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ausführungen des Kollegen Wegner waren grundsätzlicherer Natur. Natürlich ist jetzt Anreiz vorhanden, diese Fragen zu diskutieren. Ich will Ihnen an dieser Stelle nur so viel sagen: Für mich ist Vollbeschäftigung durchaus möglich. Vollbeschäftigung ist kein Mythos. In einigen Regionen unseres Landes herrscht faktisch Vollbeschäftigung,

(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

also eine Arbeitslosigkeit um die 3 %, die man nach herkömmlichen Maßstäben der Volkswirtschaftslehre als Vollbeschäftigung definiert. Im Übrigen sind Vollbeschäftigung und die Teilhabe an der Erwerbsarbeit für mich weitaus mehr als Broterwerb.

(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

Teilhabe an der Erwerbsarbeit ist identisch mit der Chance zur gesellschaftlichen Teilhabe.

(Christian Lindner [FDP]: Richtig!)

– Herr Lindner, ich freue mich immer, wenn Sie mir zustimmen.

(Christian Lindner [FDP]: Sagen Sie öfter mal etwas Richtiges!)

Deshalb ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik so wichtig.

(Minister Michael Groschek: Für welchen Vorstand kandidiert er jetzt noch mal?)

Ihr Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens wird von mir überhaupt nicht geteilt. Dafür bin ich vielleicht auch zu protestantisch erzogen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Lachen von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Geld ohne Arbeit – das kann ich mir schwerlich vorstellen. Das geht auch rein ökonomisch nicht auf. Ich bin sicher, wir werden diese Fragestellungen an unterschiedlichen Orten in diesem Parlament noch diskutieren.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ja!)

Meine Damen und Herren, zu unserem Haushalt: Ich denke, dass die Notwendigkeit einer Schwerpunktbildung angesichts der nun schon vielfach dargestellten Haushaltszwänge sichtbar ist. Deshalb will ich auch an dieser Stelle einige Anträge der CDU ansprechen.

Wenn zum Beispiel bei der Erstattung der Fahrgeldausfälle für die Beförderung der Menschen mit Behinderungen so mir nichts, dir nichts 8 Millionen € weniger eingesetzt werden, dann hat das nichts, aber auch gar nichts mit Seriosität zu tun.

Wir überprüfen kontinuierlich die Zahlungen und die dafür von den Verkehrsverbänden geleisteten Aktivitäten im Hinblick auf Fahrgeldausfälle. Wir haben erst vor Kurzem mit den Verkehrsverbänden verabredet, dass wir wiederum eine quantitative Erhebung durchführen lassen werden, um das tatsächliche Ausmaß der Beförderung von Menschen mit Schwerbehinderungen auszuloten und festzustellen. Erst dann wird die haushalterische Konsequenz einer solchen Erhebung seriös feststellbar sein.

Ich muss Ihnen auch sagen: Der Antrag zur Abschaffung des hauptamtlichen Landesbehindertenbeauftragten ist ebenso falsch wie kurzfristig. Wir haben das Jahrhundertthema der Inklusion zu bearbeiten; das kann man nicht ehrenamtlich. Dazu bedarf es hauptamtlicher Kraft und Kompetenz. Im Übrigen ist der Landesbehindertenbeauftragte auch gesetzlich abgesichert und kann deshalb nicht einfach so Gegenstand einer Einsparungsaktivität sein.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt unserer Sozialpolitik wird in den nächsten Jahren die Schaffung einer inklusiven Gesellschaft stehen. Dies ist nicht nur ein behindertenpolitisches Projekt; nein, hierbei geht es um eine gesellschaftspolitische Aktion, um einen gesellschaftspolitischen Entwurf. Es geht um die Teilhabe aller Menschen, unabhängig von ihrem jeweiligen Handicap, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft oder auch ihrem Einkommen.

Ein zweiter Teil, der sicherlich eine größere Rolle spielen wird, ist die umfassende Bekämpfung von Armut. Hierzu arbeiten wir über eine interministerielle Arbeitsgruppe an einem Konzept, das wir in einigen Monaten auch dem Landtag vorstellen werden. Dabei spielt natürlich das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes eine große Rolle. Es kommt doch nicht von ungefähr, dass die Mittel aus diesem Paket sehr unterschiedlich abfließen. Ich war in der letzten Woche in der Gemeinde Heek, 5.000 Einwohner. Da fließt natürlich mehr Geld als in Gelsenkirchen, in Dortmund oder in Duisburg ab, weil die Bedingungen völlig unterschiedlich sind.

Im Übrigen sollten wir an dieser Stelle auch einmal die Mitarbeiter in einem Ministerium loben. Nordrhein-Westfalen hat anerkannterweise die bundesweit beste Handlungshilfe für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Auch das sollte in diesem Zusammenhang einmal dargestellt werden.

Eine letzte Bemerkung: Meines Erachtens befinden wir uns auf unterschiedlichen Ebenen in einem guten Diskussionsprozess mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege, um hier manche Irritation der letzten Monate aus dem Weg zu räumen. Wenn Sie uns mangelnde Sensibilität vorwerfen, nehme ich das zur Kenntnis, auch als Person. Die Liberalen zeichneten sich immer durch große Sensibilität aus; denken wir an solche Persönlichkeiten wie Herrn Niebel oder Herrn Brüderle. An ihnen wird deutlich, wie wichtig und wie ausgeprägt gerade diese Eigenschaft bei den Liberalen ist.

Ich will nicht in Polemik machen; dafür ist Sozialpolitik zu ernst.

(Lachen von der CDU)

Stimmen Sie dem Haushalt zu; dann werden wir gemeinsam auch in der Sozialpolitik vorankommen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu diesem Teilbereich liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratung zum Einzelplan 11.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 11. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 16/2111**, den Einzelplan 11 unverändert anzunehmen. Zum Einzelplan 11 ist für die Teilbereiche „Arbeit und berufliche Weiterbildung“, „Integration“ und „Soziales“ **Einzelabstimmung** gemäß § 41 der Geschäftsordnung beantragt worden.

Wir kommen deshalb zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung“**. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt

dem nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist der Teilbereich „Arbeit und berufliche Weiterbildung“ mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Integration“** des Einzelplans 11. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt nicht zu? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist der Teilbereich „Integration“ mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über den **Teilbereich „Soziales“** des Einzelplans 11. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Teilbereich „Soziales“ mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **angenommen**.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 11. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt nicht zu? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Einzelplan 11** mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie einer Gegenstimme aus der Fraktion der Piraten bei Stimmenthaltung der Fraktion der Piraten im Übrigen **angenommen**.

Wir kommen zum nächsten Punkt:

Einzelplan 04 Justizministerium

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/2104.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kamieth das Wort.

Jens Kamieth (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten den Justizhaushalt, also darüber, was das Land für die Rechtspflege und den Justizvollzug im Jahr 2013 ausgeben soll bzw. ausgeben darf. Um es vorwegzunehmen: Der Justizhaushalt ist ein Paradebeispiel dafür, dass die rot-grüne Landesregierung kein Interesse daran hat, die katastrophale Finanzlage des Landes Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Trotz Mindereinnahmen in Höhe von knapp 20 Millionen € wollen Sie die Ausgaben im Geschäftsbereich des Justizministeriums um über 38 Millionen € erhöhen. Angesichts Ihrer stabilen Regierungsmehrheit ist diese Schuldenmacherei ein Armutszeugnis.